

Aktiengesellschaften zu raten. Über in Betracht kommende Optionen sollte zwischen Ost-Berlin und Bonn möglichst umgehend beraten werden.

Herrn Kollegen Waigel habe ich Kopie dieses Schreibens übersandt.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

H. Haussmann

Nr. 305
Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Bush
Washington, 8. Juni 1990

BK, 212 – 30104 A 5 Am 2, BK in USA, 5.–9.6.1990, Hauptvorgang. – Vermerk des MDg Hartmann, 11. Juni 1990. – Mit Vorlage des MDg Hartmann über AL 2 und Chef BK an den Bundeskanzler zur Billigung – je gesondert –, 12. Juni 1990. Abgezeichnet: „K[ohl]“, hs. vermerkt: „Teltschik“.

a) Gespräch im kleinen Kreis

Teilnehmer auf deutscher Seite:

Der Bundeskanzler

MDg Dr. Hartmann als Note taker

Teilnehmer auf amerikanischer Seite:

Präsident Bush

AM Baker (später hinzugetreten)

General Scowcroft

b) Gespräch im größeren Kreis beim Abendessen:

Teilnehmer auf deutscher Seite:

Der Bundeskanzler

Bundesminister Klein

MDg Dr. Neuer

MDg Dr. Hartmann als Note taker

Teilnehmer auf amerikanischer Seite:

Vizepräsident Quayle

AM Baker

General Scowcroft

StS Eagleburger

Präsident Bush heißt den Bundeskanzler herzlich willkommen.

Der Bundeskanzler erklärt, er wolle in diesem Kreis zwei Dinge ansprechen:

- Vorbereitung des NATO-Gipfels¹,
- die wirtschaftliche Kooperation mit der SU.

Zunächst wolle er noch einmal klarstellen, daß für ihn alles indiskutabel sei, was zum Ziel habe, daß das vereinigte Deutschland außerhalb der NATO bleibe. Würde Deutschland aus der NATO ausscheiden, wäre dies eine qualitative Veränderung, mit der man zunichte mache, was man in 40 Jahren erreicht habe. Die erste Konsequenz wäre, daß die Amerikaner über kurz oder lang Europa verlassen würden. Dann würde man es mit einem anderen Europa zu tun haben.

1 Nr. 344A Anm. 8.

Er habe den Eindruck, daß Gorbatschow sich dessen bewußt sei. Unser Ziel müsse daher sein, ihm zu helfen, ohne etwas Wichtiges aufzugeben. Aus seiner Sicht solle daher der bevorstehende NATO-Gipfel eine Botschaft verabschieden, die sich an den Warschauer Pakt richte.

Präsident Bush fragt, wie eine solche Botschaft aussehen könne. Ob man sagen solle, daß die NATO eine mehr politische Funktion habe?

Der Bundeskanzler erwidert, die Botschaft müsse im Kern lauten, daß die NATO bereit sei, sich weiterzuentwickeln. Er habe heute morgen mit MP de Maizière gesprochen,² der ihm über die Sitzung des Warschauer Paktes³ berichtet habe. Dort habe sich deutlich gezeigt, daß man die Rolle des Warschauer Paktes neu definieren wolle.

Präsident Bush wirft ein, de Maizière werde Anfang nächster Woche nach Washington kommen.⁴ Im übrigen höre er, daß Ungarn den Warschauer Pakt verlassen wolle.⁵

Der Bundeskanzler erwidert, in der Tat wollten die Ungarn diesen Schritt spätestens zum 1.1.1991 tun. Er wiederholt seine Anregung, jetzt daranzugehen, eine Botschaft für den NATO-Gipfel in London zu erarbeiten, die deutlich mache, daß die NATO sich weiterentwickle.

Präsident Bush erklärt, dies habe er Präsident Gorbatschow bei dessen Besuch in Washington⁶ schon deutlich gemacht. Im übrigen halte er den Vorschlag des Bundeskanzlers für eine gute Idee.

Der Bundeskanzler fährt fort, man könne auch an einen spektakulären Schritt denken, beispielsweise an einen Nichtangriffspakt zwischen NATO und Warschauer Pakt.

Präsident Bush fragt, ob ein solcher Pakt mit allen derzeitigen Mitgliedstaaten des Warschauer Paktes geschlossen werden solle.

Der Bundeskanzler erwidert, hierüber müsse man im einzelnen sprechen.

Präsident Bush erklärt, auf den ersten Blick sehe er ein Problem darin, daß man damit den Warschauer Pakt zementiere.

Der Bundeskanzler gibt zu erwägen, einen solchen Pakt mit einzelnen Mitgliedstaaten des Warschauer Paktes abzuschließen.

Präsident Bush erwidert, hierüber solle man nachdenken.

Der Bundeskanzler fährt fort, er sei bereit, MD Teltschik nach Washington zu schicken, um über das weitere Vorgehen zu sprechen. Sein Wunsch sei es, daß diese Idee vom amerikanischen Präsidenten auf dem Gipfel vorgetragen werden sollte. In diesem Zusammenhang wolle er auch feststellen, daß die Begegnung des Präsidenten mit Gorbatschow in Europa

2 Vermerk über das Telefongespräch in der Registratur des Bundeskanzleramtes nicht zu ermitteln.

3 In ihrer Deklaration, verabschiedet auf der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses am 7. Juni 1990 in Moskau, kündigten die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages an, „mit der Überprüfung des Charakters, der Funktionen und der Tätigkeit des Warschauer Vertrages sowie mit seiner Umwandlung in einen Vertrag souveräner, gleichberechtigter Staaten, der auf demokratischen Prinzipien beruht“, zu beginnen. Eine zeitweilige Kommission von Regierungsbeauftragten werde bis Ende Oktober 1990 „entsprechende konkrete Vorschläge“ unterbreiten. Die „äußeren Aspekte der Vereinigung Deutschlands“, so erklärten sie, sollten „im Kontext des gesamteuropäischen Prozesses“ stehen, die „legitimen Sicherheitsinteressen der Nachbarn Deutschlands und aller anderen Staaten berücksichtigen und feste Garantien für die Unverletzlichkeit der europäischen Grenzen gewährleisten“ (Wortlaut, ADN/7.6.90/1858, verglichen mit TASS/russ., in: Ostinformationen. Nr. 108. 8. Juni 1990, 15f.; BPA/PA, F 1/22. Auch veröffentlicht in: Außenpolitische Korrespondenz. 34. Jg. Nr. 17. 11. Juni 1990, 130f.).

4 Nr. 313 Anm. 1.

5 Radio Budapest meldete, Ministerpräsident Antall habe auf der Tagung der Warschauer Vertragsstaaten in Moskau (Anm. 3) die „unverzügliche Auflösung der militärischen Organisation der osteuropäischen Länder vorgeschlagen“. Eine Kommission solle einen entsprechenden Plan ausarbeiten. Ungarn habe bereits „begonnen, seine Streitkräfte unter nationale souveräne Kontrolle zu stellen“ (Radio Budapest/dt./7.6.90/18.30 in: Ostinformationen. Nr. 108. 8. Juni 1990, 9; BPA/PA, F 1/22).

6 Nr. 299 Anm. 2.

sehr gut angekommen sei. Die Sowjets verbreiteten positive Nachrichten über diesen Gipfel. Sie hätten dabei nicht zuletzt die menschliche Atmosphäre im Auge.

Der Bundeskanzler greift sodann die schon vorher von Präsident Bush angeschnittene Frage der künftigen Stärke der Bundeswehr auf. Zunächst sei dies eine Frage, die aus seiner Sicht nicht in 2+4 behandelt werden sollte, sondern zwischen NATO und Warschauer Pakt bzw. zwischen der Sowjetunion auf der einen Seite sowie den USA und uns auf der anderen Seite. Diese Frage habe einerseits innenpolitische, andererseits sicherheitspolitische Aspekte.

Eines der unangenehmsten Probleme, das sich im Zusammenhang mit der Wiederherstellung der deutschen Einheit stelle, sei die Zukunft der Nationalen Volksarmee. Die NVA sei praktisch eine Parteiarmee, deren Offiziere, aber auch andere Berufssoldaten auf die kommunistische Ideologie gedrillt seien. Von diesen Leuten könne man allenfalls 20% verwenden. Im Prinzip sei daher nicht vorstellbar, daß die Offiziere der NVA in die Bundeswehr eingegliedert würden.

Eine der Hauptsorgen der Sowjetunion mit Blick auf die Wiedervereinigung sei die Stärke der künftigen Bundeswehr. Derzeit habe die Bundeswehr 480 000 Mann, die NVA eine Sollstärke von 170 000 Mann. Künftige deutsche Streitkräfte könnten nicht einfach aus der Addition der beiden bestehen. Die Sowjets sprächen jetzt von einer Gesamtobergrenze von 200[000]–250 000 Mann. Sie wollten diese Frage zwar nicht im Rahmen von VKSE I regeln, aber strebten an, daß wir uns im Vorgriff auf VKSE II schon jetzt auf eine Zahl für die künftigen deutschen Streitkräfte festlegten.

Das andere Problem sei die Übergangsregelung für die sowjetischen Truppen in der DDR. Er sei bereit, eine solche Übergangsregelung ins Auge zu fassen, wenn es sich hier um einen Vertrag zwischen einem souveränen Deutschland und der Sowjetunion handle und nicht um irgendwelche abgeleiteten Rechte aus dem Potsdamer Abkommen.

Er schlage daher vor, in den nächsten Wochen vor dem NATO-Gipfel gemeinsam über den Umfang der künftigen deutschen Streitkräfte nachzudenken.

Präsident Bush wirft ein, dies solle man aber in einem sehr engen Kreis tun. Der Bundeskanzler stimmt zu und erklärt sich noch einmal bereit, MD Teltschik und einen weiteren Mitarbeiter für entsprechende Gespräche mit General Scowcroft nach Washington zu schicken.

Präsident Bush erklärt sich einverstanden und fügt hinzu, auf amerikanischer Seite solle auch AM Baker beteiligt werden.

Der Bundeskanzler erklärt, die Frage der deutschen Streitkräfte löse bei den Sowjets irrationale Ängste aus. Sie wüßten natürlich genau, daß die Deutschen nicht mehr nach Moskau marschierten, aber es gebe entsprechende historische Erfahrungen. In dieser Perspektive werde z. B. Napoleon nicht als Franzose, sondern als Europäer, der mit den Deutschen gekommen sei, gesehen. Dann müsse man natürlich auch sehen, daß der letzte Weltkrieg die Sowjetunion 27 Mio. Tote gekostet habe. Es handle sich also nicht nur um Propaganda.

Präsident Bush stimmt dieser Einschätzung zu.

Der Bundeskanzler erklärt, er werde in den nächsten Tagen einen Brief von Präsident Gorbatschow erhalten, in dem es um wirtschaftliche Hilfe für die SU gehe.⁷ Er nehme an, daß Gorbatschow hierüber auch mit Präsident Bush gesprochen habe. Dabei dächten die Sowjets an eine westliche Aktion in Höhe von 20 bis 25 Mrd. DM.

Präsident Bush wirft ein, Gorbatschow habe ihm gegenüber derartige Zahlen nicht genannt. Er habe lediglich am letzten Tag in Camp David⁸ im Hinausgehen erklärt, daß er Wirtschaftshilfe brauche und hoffe, daß die USA sich an einer entsprechenden Aktion beteiligen würden.

⁷ Nr. 306.

⁸ Nr. 299 Anm. 4.

Der Bundeskanzler fährt – in Anwesenheit des hinzutretenden AM Baker – fort, außerdem hätten die Sowjets sich an uns wegen einer Kreditlinie in Höhe von 5 Mrd. DM gewandt. Hierbei gehe es um einen Bankenkredit, der durch die Bundesregierung garantiert werden solle. Er habe Gorbatschow signalisiert, daß wir davon ausgingen, daß es sich hierbei um ein „Geschäft auf Gegenseitigkeit“ handele. Sobald ihm die schriftliche Antwort Gorbatschows auf sein Schreiben⁹ vorliege, werde er Präsident Bush hiervon unterrichten.¹⁰

Präsident Bush wendet sich an AM Baker mit der Frage, ob Gorbatschow während des Gipfels weitere Einzelheiten zu der gewünschten westlichen Aktion erörtert habe.

AM Baker erklärt, er sei über die sowjetischen Vorstellungen im Detail in Moskau unterrichtet worden.¹¹ Dabei sei allerdings von einem Gesamtvolumen zwischen 25 und 30 Mrd. Dollar die Rede gewesen.

Der Bundeskanzler wirft ein, bei der von ihm genannten Summe handele es sich um DM. Präsident Bush erklärt, er habe Gorbatschow bereits gesagt, daß eine amerikanische Wirtschaftshilfe sehr große Probleme mit dem Kongreß aufwerfe. Nicht nur wegen Litauen, sondern auch wegen eher technisch-juristischer Fragen würde er im Kongreß „auf Granit beißen“, wenn er entsprechende Vorschläge einbringe. Wörtlich: „Unsere Hände sind in dieser Frage gebunden.“

AM Baker fügt erläuternd hinzu, die amerikanische Gesetzgebung lasse nicht zu, daß die Sowjets sich am amerikanischen Kapitalmarkt bedienten. Dies habe u. a. mit der Problematik russischer Altschulden zu tun.

Der Bundeskanzler erläutert AM Baker seine Position in der Frage der NATO-Mitgliedschaft eines künftigen vereinten Deutschland. Er wiederholt, daß ein deutsches Ausscheren aus der NATO eine unhaltbare Lage in Europa schaffe. In einem solchen Falle würden beispielsweise Frankreich und Großbritannien als europäische Nuklearmächte zusammenrücken und sich in einer „Entente Cordiale“ zusammenschließen. Auf der anderen Seite seien die nichtnuklearen europäischen Staaten von Norwegen bis Italien, aber auch neutrale Länder wie Schweden sicherheitsmäßig auf sich allein gestellt. Eine derartige Konstellation – ein neutrales Deutschland, zwei europäische Nuklearmächte und die übrigen nichtnuklearen Staaten – würde nicht zuletzt negative Rückwirkungen auf die EG und ihre politische Integration haben. Nicht zuletzt werde dies dazu führen, daß in spätestens 10 Jahren in Deutschland eine Diskussion darüber einsetzen werde, warum wir keine Nuklearwaffen hätten. Das sei für sich genommen schon katastrophal.

Er wolle daher seine Überlegungen noch einmal in drei Punkten zusammenfassen:

1. Gorbatschow müsse klar sehen, daß ein Ausscheren Deutschlands aus der NATO nicht zur Debatte stehe.
2. Gleichzeitig müßten wir die Frage der künftigen deutschen Truppenstärke aufzugreifen – dies dürfe aber nicht in 2+4 geschehen, sondern müsse zunächst in der NATO und sodann zwischen NATO und Warschauer Pakt behandelt werden.
3. Wir sollten eine Botschaft auf dem künftigen NATO-Gipfel verabschieden, die von dem amerikanischen Präsidenten ausgehen müsse.

Präsident Bush erwähnt, daß Gorbatschow ihn gefragt habe, ob die Sowjetunion nicht der NATO beitreten könne. Er habe daraufhin scherzhaft geantwortet, ob Gorbatschow sich vorstellen könne, daß Marshall Achromejew unter General Galvin diene.

Der Bundeskanzler wiederholt gegenüber AM Baker seine Überlegungen für einen Nichtangriffspakt zwischen WP und NATO.

9 Nr. 284.

10 Nr. 312.

11 Nr. 286 Anm. 8.

AM Baker erwidert, über diese Frage habe man schon in Turnberry¹² gesprochen. Dabei sei man sich allerdings einig gewesen, daß wir nichts tun sollten, was dem Warschauer Pakt Legitimität verleihe. Aber man könne mit einzelnen Mitgliedstaaten des Warschauer Paktes hierüber verhandeln.

...¹³ Er habe dem entgegengehalten, daß es jetzt darauf ankomme, sich auf das Wesentliche zu konzentrieren, nämlich die volle Mitgliedschaft eines vereinigten Deutschlands in der NATO. Um dieses Ziel zu erreichen, könne sogar ein gewisses Fortbestehen des Warschauer Paktes hilfreich sein. Auch könne man Truppenstärken in Europa nur zwischen den beiden Pakten verhandeln.

Ein Weiteres sei wichtig; die Sowjets wollten auf keinen Fall vor ein *Fait accompli* gestellt werden, sondern an der Entwicklung vollen Anteil haben. Die von Gorbatschow ins Spiel gebrachte Idee einer Erklärung zwischen Warschauer Pakt und NATO¹⁴ sei bisher von sowjetischer Seite nicht vertieft worden. Aber Schewardnadse habe ihm zugesagt, konkrete Überlegungen hierzu in etwa 10 Tagen zu übermitteln.¹⁵

Das Gespräch wird beim Essen im größeren Kreis fortgesetzt.

Präsident Bush erklärt, er mache sich erhebliche Sorge über mögliche Forderungen nach einem Parallelismus zwischen dem Abzug sowjetischer Truppen aus der DDR und dem Abzug amerikanischer Truppen aus der Bundesrepublik Deutschland.

Der Bundeskanzler erwidert, er wolle noch einmal klarstellen, daß die Frage der vorübergehenden sowjetischen Truppenpräsenz in der DDR nur in einem Vertrag zwischen einem souveränen Deutschland und der Sowjetunion geregelt werden könne. Damit entfalle von vornherein jede Berufungsgrundlage für entsprechende Forderungen an die amerikanische Adresse. Es gebe keine Parallelität, denn die USA seien aus anderen Gründen in der Bundesrepublik Deutschland präsent.

Präsident Bush erklärt, seine Sorge beziehe sich auch auf die öffentliche Meinung in Deutschland, die sich möglicherweise für einen parallelen Abzug amerikanischer Truppen aussprechen könne.

Der Bundeskanzler widerspricht und erklärt, er sehe diese Gefahr nicht. Eine andere Frage sei, wie wir die künftige Rolle der NATO definierten. Es sei immerhin bemerkenswert, daß in der Bundesrepublik Deutschland nur die Grünen für einen Austritt aus der NATO seien. Er empfehle, de Maizière bei seinem Besuch in Washington noch einmal das elementare Interesse der USA an einer Präsenz amerikanischer Truppen in Deutschland zu erläutern. Wenn es jetzt gesamtdeutsche Wahlen gebe, würde man in dieser Frage mit Sicherheit kein Problem mit den Menschen in der DDR haben. Diese wollten nach Europa kommen und gleichzeitig, daß die Sowjets ihr Land verließen.

Präsident Bush stellt die Frage nach der möglichen Dauer der Präsenz sowjetischer Truppen in der DDR.

12 „Botschaft von Turnberry“ und Kommuniqué der Ministertagung des Nordatlantikrates am 7./8. Juni 1990 in Turnberry in: Bulletin. Nr. 75. 13. Juni 1990, 645, 645–649; NATO-Brief. Nr. 3/1990 – Mai/Juni, 30f., 31–33.

13 Ein Satz nicht freigegeben.

14 „Ein bei diesem Gipfel unterbreiteter Vorschlag“, so Außenminister Baker nach dem amerikanisch-sowjetischen Gipfeltreffen (Nr. 299 Anm. 2) am 3. Juni 1990 in der amerikanischen Fernsehsendung „Meet the Press“, „der es unserer Ansicht nach wert ist, zumindest in Erwägung gezogen zu werden, war die Möglichkeit eines Abkommens zwischen der NATO und dem Warschauer Pakt“ (Fernsehinterview in: Amerika Dienst. Nr. 22. 6. Juni 1990, 4 S., hier 2). Botschafter Mallaby unterrichtete am 11. Juni Ministerialdirektor Teltschik, Generalsekretär Gorbatschow habe gegenüber Premierministerin Thatcher am 8. Juni in Moskau eine „gemeinsame Erklärung von Warschauer Pakt und NATO“ angeregt (Teltschik, 329 Tage, 266).

15 Außenminister Schewardnadse kündigte Außenminister Baker am 5. Juni 1990 in Kopenhagen an, Vorschläge „binnen zehn Tagen vorzulegen“ (unter Bezug auf amerikanische Regierungsakten: Zelikow/Rice, Sternstunde der Diplomatie, 391). Zum Inhalt der Vorschläge, die Baker am 13. Juni in einem Schreiben übermittelt wurden: Teltschik, 329 Tage, 276f.

Der Bundeskanzler erklärt, er könne sich eine Präsenz von 2–3 Jahren vorstellen. Im übrigen müsse man sehen, daß der fortgesetzte Aufenthalt sowjetischer Streitkräfte in der DDR zu erheblichen internen Problemen führen werde. Die sowjetischen Soldaten würden die Währungsumstellung und das damit einhergehende größere Warenangebot am eigenen Leib erleben, und Gorbatschow müsse dann die Frage beantworten, wieso es denn plötzlich alles zu kaufen gebe. Dies alles sei nicht gut für die Moral und Disziplin in der sowjetischen Armee. Der Bundeskanzler weist in diesem Zusammenhang auf Geschäfte hin, die insbesondere sowjetische Offiziere in der DDR gemacht hätten.

Präsident Bush erklärt, die Sowjets würden auch das Problem der Unterbringung ihrer Truppen in der SU ins Feld führen.

Der Bundeskanzler erwidert, möglicherweise handele es sich hier um ein echtes Problem. Da die Sowjets Wirtschaftshilfe erbeten hätten, könne diese möglicherweise auch für diesen Zweck genutzt werden. Für ihn sei entscheidend, daß die Präsenz sowjetischer Truppen in der DDR nichts zu tun habe mit der Anwesenheit amerikanischer und anderer alliierter Truppen auf dem Territorium der Bundesrepublik Deutschland.

Präsident Bush erklärt, in der Tat müsse man auch sehen, daß Gorbatschow letztlich nicht gegen die Anwesenheit amerikanischer Truppen in Europa sei, sondern anerkenne, daß die USA in Europa eine wichtige Rolle spielten.

Der Bundeskanzler fügt hinzu, im übrigen müsse man sehen, daß fast alle europäischen Länder für die deutsche Mitgliedschaft in der NATO einträten. Deren Motive seien nicht immer freundschaftliche. Aber dies sei ihm im Grunde genommen egal. Es komme ihm auf das Ergebnis an.

Der Bundeskanzler kommt sodann auf die innerdeutsche Entwicklung zu sprechen. Er erläutert kurz die derzeitige innenpolitische Diskussion über den Staatsvertrag. Er gehe davon aus, daß der Staatsvertrag sowohl Bundestag als auch Bundesrat passieren werde.¹⁶ Würde dies im übrigen nicht der Fall sein, müsse man damit rechnen, daß die DDR eine Woche später ihren Beitritt nach Art. 23 GG erklären würde. Eine andere Alternative sei nicht gegeben, denn nach einem Scheitern des Staatsvertrages würden ca. 300 000 bis 400 000 Menschen als zusätzliche Übersiedler in die Bundesrepublik kommen.

Diese Zusammenhänge sehe auch Gorbatschow, zumal bei einer weiteren Übersiedlerwelle die Wirtschaft der DDR nicht mehr in der Lage sein werde, die SU zu beliefern.

Präsident Bush wirft die Frage auf, ob die polnische Seite noch an ihrer ursprünglichen Idee festhalte, bereits vor der Wiedervereinigung einen Grenzvertrag auszuhandeln und zu paraphieren.

Der Bundeskanzler erwidert, er habe den Eindruck, daß die Polen daran festhielten. In 14 Tagen würden sowohl die Volkskammer als auch der Bundestag eine gleichlautende Erklärung verabschieden,¹⁷ die eine klare Garantie der bestehenden Grenzen enthalten werde. Darin würden sich Volkskammer und Parlament sowie beide Regierungen zugleich verpflichten, daß ein wiedervereinigtes Deutschland sofort einen völkerrechtlichen Vertrag schließen werde, der die Frage abschließend regele.

Präsident Bush erklärt, er habe den Eindruck, daß die Polen unsere Haltung jetzt besser verstünden.

Der Bundeskanzler erwidert, das Ganze habe auch mit der polnischen Innenpolitik zu tun. Für Mazowiecki wäre dies kein Problem ...¹⁸

16 Nr. 291 Anm. 5.

17 Nr. 322 Anm. 3.

18 Eineinhalb Sätze nicht freigegeben.

Präsident Bush wirft die Frage auf, ob Walesa Jaruzelski in dessen Amt folgen werde.

Der Bundeskanzler erklärt, dies glaube er nicht.

Präsident Bush fügt hinzu, Walesa strebe dies an, wenngleich andere ihn nicht in diesem Amte sehen wollten.

Der Bundeskanzler erklärt auf ein entsprechendes Stichwort von Präsident Bush, es wäre aus seiner Sicht falsch, wenn Mazowiecki das Amt des Präsidenten anstreben würde, denn er sei der einzige polnische Politiker mit einer allseits anerkannten Autorität.

AM Baker spricht die Problematik der SNF an. Bei dem Außenministertreffen in Turnberry habe sich ein Konsens ergeben, daß diese Angelegenheit zunächst von einer Arbeitsgruppe weiter behandelt werden solle – auch mit Rücksicht auf die deutschen Bundestagswahlen.

Der Bundeskanzler weist darauf hin, daß mögliche Zielgebiete der „Lance“ nicht nur Teile des wiedervereinigten Deutschlands, sondern auch Prag und Warschau sein würden. Auch sei es nicht hilfreich für die Diskussion über die deutsche NATO-Mitgliedschaft, wenn dieses Thema jetzt auf die Tagesordnung komme.

AM Baker erklärt, man müsse sich trotzdem Gedanken über unsere Verhandlungsposition machen. Wollten wir eine Null-Lösung? Wollten wir auf die TASM gehen? Man habe sich jetzt darauf geeinigt, diese Fragen zurückzustellen bis nach den Bundestagswahlen.

Der Bundeskanzler erklärt, damit sei er einverstanden.

Präsident Bush erkundigt sich nach einem möglichen Datum für gesamtdeutsche Wahlen.

Der Bundeskanzler erläutert kurz die verfassungsrechtliche Lage, wonach eine Durchführung der Bundestagswahlen nach dem 13. Januar 1991 nicht möglich ist. Seine Taktik sei, die Frage jetzt herunterzuspielen, bis die Behandlung des Staatsvertrages abgeschlossen sei. Für ihn sei es psychologisch außerordentlich wichtig, daß der Druck in Richtung auf gesamtdeutsche Wahlen aus der DDR komme. Man könne aber mit Sicherheit davon ausgehen, daß die Leute in der DDR nach Einführung der DM die Frage stellen würden, wie es dann weitergehe. Schließlich spiele in dieser Frage die Innenpolitik eine große Rolle. So würden gesamtdeutsche Wahlen auch die derzeitige Parteienlandschaft verändern.

AM Baker wirft ein, die Sowjets kalkulierten offenbar, daß es weder die SPD in der DDR noch die in der Bundesrepublik Deutschland mit gesamtdeutschen Wahlen eilig hätten.

Der Bundeskanzler erwidert, dies sei richtig, sei aber reine Theorie. Die Sozialdemokraten wollten die Wahlen nur deshalb verschieben, um für ihn schlechtere Bedingungen zu schaffen.

Präsident Bush wirft ein, aber auch den Sowjets gehe es offenbar zu schnell.

AM Baker ergänzt, er sei über eine Bemerkung von Schewardnadse gestolpert, der erklärt habe, man brauche keine Übergangsperiode über die Wirtschafts- und Währungsunion hinaus, vorausgesetzt, man löse die Frage der Truppenstärke. Er habe den Eindruck gewonnen, daß die Sowjets durch die Ausführungen des Präsidenten beim Gipfel ermutigt worden seien, die klar gezeigt hätten, daß sich die westliche Seite der psychologischen Notwendigkeit bewußt sei, die Sowjetunion einzubinden. Insofern gebe es eine Änderung der sowjetischen Haltung („approach“).

Der Bundeskanzler erklärt, er habe eher den Eindruck, daß die Sowjets nicht wüßten, was sie eigentlich wollten.

AM Baker wirft ein, also handele es sich aus der Sicht des Bundeskanzlers um ein weiteres Stück Improvisation auf sowjetischer Seite.

Der Bundeskanzler stimmt zu. Er glaube, daß man eine gute Chance habe, in den nächsten 8 Wochen die Dinge voranzubringen. Für Gorbatschow sei wichtig gewesen, daß Präsident Bush ihm klar zu verstehen gegeben habe, daß er über eine NATO-Mitgliedschaft Deutschlands nicht zu diskutieren gedenke. Im Grunde genommen pokere Gorbatschow. Man müsse natürlich auch seine Lage sehen. Zu Hause sehe er sich dem Vorwurf ausgesetzt, er verspiele die sowjetische Position in der Weltpolitik. Man müsse sehen, daß auch Jelzin dies

zu gegebener Zeit sagen werde. ...¹⁹ Gorbatschow müsse den nächsten Parteitag²⁰ überleben. Seine Bilanz der Wirtschaft und der Nationalitätenfrage sei allerdings schlecht.

Präsident Bush wirft ein, zunächst müsse Gorbatschow eine Sitzung des Föderationsrates überleben.²¹

AM Baker fügt hinzu, Gorbatschow habe hier am Tisch ausdrücklich zugestimmt, daß in Übereinstimmung mit der KSZE-Schlußakte jeder Staat wählen könne, welchem Bündnis er angehören wolle.²² Später sei er allerdings unter Berufung auf das Potsdamer Abkommen hiervon wieder abgewichen.²³ Im übrigen sei er sicher, daß die Sowjets zum Abschluß des VKSE-I-Abkommens bereit seien, aber sie wollten gleichzeitig Sicherheit in der Frage der künftigen Stärke der Bundeswehr haben. Erhielten sie diese Sicherheit nicht, könnten sie die 2+4-Gespräche aufhalten. Daher sei es wichtig, daß man sich vor dem NATO-Gipfel über diese Frage verständige.

Der Bundeskanzler stimmt dem nachdrücklich zu.

...²⁴

Der Bundeskanzler erklärt, das Wichtigste sei gewesen, daß Gorbatschow mit dem Gefühl nach Hause gefahren sei, daß der Präsident und Außenminister Baker Verständnis für seine Position hätten und nicht versucht hätten, ihn zu demütigen.

AM Baker erklärt, man sei auf amerikanischer Seite sehr erfreut darüber, wie der Bundeskanzler und andere europäische Politiker die anstehenden Fragen anpackten. Allerdings werde diese Linie nicht immer von den Bürokraten übernommen.

Der Bundeskanzler erklärt, unter Freunden wolle er ganz offen sagen, daß es mit unseren europäischen Verbündeten natürlich auch ein psychologisches Problem gebe. Man brauche sich nur die Wirtschaftsdaten der Bundesrepublik anzusehen, die heute morgen veröffentlicht worden seien.²⁵ Mitterrand habe kürzlich wörtlich zu ihm gesagt: „Helmut, jetzt haben Sie alle Fäden in der Hand.“

Präsident Bush fragt, ob Mitterrand dies mit Sorge sage.

Der Bundeskanzler verneint dies. Allerdings sei ein Unterton der Resignation zu verspüren. Man müsse dies psychologisch verstehen. Mitterrand akzeptiere die Entwicklung, aber für die Bürokraten im Quai d'Orsay sei dies schon schwieriger.

AM Baker wirft ein, auch die Amerikaner hätten mit dem Quai d'Orsay ihre Probleme.

Der Bundeskanzler fährt fort, die Vorbehalte der „politischen Klasse“ in Frankreich habe er bei einer wichtigen Rede, die er Anfang Januar in Paris gehalten habe,²⁶ gespürt. Die Vorbehalte kämen nicht aus der Bevölkerung, deren Einstellung zu Deutschland sich gründlich geändert habe. ...²⁷

19 Fünf Sätze nicht freigegeben.

20 Nr. 350 Anm. 4.

21 Der Föderationsrat trat unter Vorsitz von Präsident Gorbatschow am 12. Juni 1990 in Moskau zusammen (Meldung TASS/russ./13. 6. 90/2242 in: Ostinformationen. Nr. 111. 13. Juni 1990, 16; BPA/PA, F 1/22).

22 Nr. 299 Anm. 5.

23 Außenminister Schewardnadse erklärte am 4. Juni 1990 in Kopenhagen, das Potsdamer Abkommen lege in bezug auf Deutschland fest, „daß die siegreichen Länder des Zweiten Weltkrieges alle Fragen des militärischen und politischen Status bestimmen sollen“. Schewardnadse führte dazu aus, eine Regelung der „äußeren Aspekte der deutschen Einheit“ sollte „im Rahmen der sechs Staaten“ erfolgen, und ergänzte: „Wir könnten diesen Prozeß leicht stören, aber wir wollen es nicht“ (Meldung rtr/4. 6. 1990/2042 in: Ostinformationen. Nr. 105. 5. Juni 1990, 1; BPA/PA, F 1/22).

24 Drei Sätze nicht freigegeben.

25 Nach dem Monatsbericht Mai 1990 des Bundesministeriums für Wirtschaft (Bulletin. Nr. 73. 9. Juni 1990, 631–634) war die Zahl der Arbeitslosen bis Ende April weiter auf 1,915 Millionen gesunken; das entsprach einer Quote von 6,6 v.H. Die Verbraucherpreise lagen im selben Monat 2,3 v.H. über dem vergleichbaren Vorjahrsniveau. Die Handelsbilanz im ersten Quartal 1990 wies einen Exportüberschuß von 36,9 Milliarden DM auf. Für das laufende Jahr prognostizierte das Bundesministerium ein gesamtwirtschaftliches Wachstum von 3,5 bis 4 v.H.

26 Nr. 138 Anm. 1.

27 Ein Satz nicht freigegeben.

Präsident Bush ergänzt, die französischen Sorgen bezögen sich eher auf den künftigen Einfluß, nicht auf eine militärische Wiedergeburt Deutschlands.

Auf Bitten von Präsident Bush erläutert der Bundeskanzler abschließend kurz den Werdegang von MP de Maizière, der zu einem offiziellen Besuch nach Washington kommt.

Hartmann

Nr. 306
Schreiben des Präsidenten Gorbatschow an Bundeskanzler Kohl
9. Juni 1990

BK, 213 – 30130 S 25 So 38 Bd. 1. – Inoffizielle Übersetzung.

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,

ich danke Ihnen für Ihren Brief¹ und für die Unterstützung, die Sie bei der Überwindung einiger zeitweiliger Probleme leisten, die entstanden sind auf der jetzigen Etappe der sowjetischen Wirtschaftsreform, der Anpassung unserer Organisationen und Vereinigungen an die neuen Arbeitsbedingungen auf den Außenmärkten. Die Bereitschaft der Bundesregierung, die Bürgschaften zu übernehmen für die Gewährung durch die Privatbanken der Bundesrepublik Deutschland eines ungebundenen Finanzkredits als erste Etappe der Lösung unserer Probleme, die Gegenstand der Erörterung in Moskau waren,² eröffnet die Möglichkeit, bereits in der nächsten Zeit, wie das mit Ihren Vertretern abgesprochen worden ist, ein entsprechendes Abkommen fertigzustellen. Zu diesem Zweck wären unsere Vertreter bereit, unverzüglich nach Bonn zu reisen oder die Bevollmächtigten Ihrer Banken in Moskau zu empfangen.

Was die Frage der weiteren langfristigen Kredite anbelangt, die, wie Sie verstehen, für die Bewältigung der Aufgaben notwendig sind, die mit der tatkräftigeren Verwirklichung der Reformen verbunden sind, so würde deren Lösung sicherlich die Schaffung eines breiteren Konsortiums erforderlich machen. Ihre Unterstützung bei dessen Organisierung würde die Sache zweifelsohne beschleunigen. Ich bin Ihnen daher für Ihren Vorschlag dankbar, diese Frage in den vertraulichen Kontakten mit denjenigen westlichen Partnern durchzuarbeiten, die bereit wären, sich an dieser bedeutenden, nicht nur finanziellen, sondern auch politischen Aktion zu beteiligen. Ein stabiles Vorankommen der Sowjetunion auf dem Wege der Perestroika und der Reformen – das ist eine Frage, die nicht nur für uns, sondern auch für ganz Europa, für die gesamte Lage in der Welt von Bedeutung ist. Ich freue mich, feststellen zu können, daß unsere Auffassungen und Einschätzungen darin übereinstimmen. Jetzt werden die Weichen für einen koordinierten Übergang ins nächste Jahrhundert gestellt. Dementsprechend soll auch gehandelt werden.

Sie sprechen auch die Fragen an, die mit der Bewegung auf dem Weg zur deutschen Einheit, der Entwicklung der Verhandlungen im Rahmen des Mechanismus der „Sechs“ verbunden sind. In diesem Zusammenhang kann ich bestätigen, daß alles, worüber wir mit Ihnen am 10. Februar d.J. in Moskau gesprochen haben,³ in Kraft bleibt. Ich bin sicher, daß die Ausarbeitung einer komplexen Regelung der äußeren Aspekte der Vereinigung noch vor dem europäischen Gipfeltreffen möglich ist. Dies würde den Weg öffnen für die praktischen

1 Nr. 284.

2 Nr. 277.

3 Nr. 174 und Nr. 175.